

---

Heinsberg, 22.12.2016

**Rede zum Entwurf des Haushalts 2017**

**von**

**Stefan Lenzen**

**für die**

**FDP-Kreistagsfraktion**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat,  
meine Damen und Herren der Verwaltung und Presse,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

- **Kommunalfinzenzen**

Ich beginne mit einem Zitat aus meiner letztjährigen Rede: *„Ein Licht am Ende des Tunnels ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Die Kreisumlage wird in den nächsten Jahren zwangsläufig weiter steigen, auch wenn unsere Kommunen bereits jetzt an den Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen sind. Denn solange Bund und Land die nach unten durchgereichten Aufgaben nur unzureichend finanzieren, wird die Finanzmisere unserer Kommunen trotz aller Anstrengungen vor Ort immer katastrophaler.“* Dies trifft leider immer noch zu, denn trotz des Griffes in die Ausgleichsrücklage steigt die Kreisumlage diesmal um vier Mio. Euro.

Leider sind – und auch daran hat sich nichts geändert - die meisten Aufgaben fremdbestimmt. Doch das spricht uns nicht davon frei, auf die wenigen verbliebenen Bereiche selbst Einfluss zu nehmen. Hierzu später konkret mehr. Aber auch dieses Jahr

werde ich nicht müde - erneut die Forderung an Bund und Land zu richten: **Sie müssen die Aufgaben, die sie an die kommunale Familie stellen, auch finanzieren.** Und – auch davon rücken wir nicht ab – es muss endlich wieder ernsthaft über eine Neustrukturierung der Kommunalfinanzierung gesprochen werden, und zwar auf Bundes- und Landesebene.

Doch wie sieht es mit den konkreten Haushaltsrisiken, die uns nicht erst seit heute Sorgen bereiten, aus?

- **Kosten der Flüchtlingsbetreuung**

Nicht nur das die Mittel von Land und Bund nicht ausreichend sind – nein – trotz Zusagen wartet der Kreis bis heute noch auf über 5,5 Mio. Euro. *(Hinweis: Der Kämmerer hat mir am 21.12.2016 um 17:29 Uhr mitgeteilt, dass noch rund 510 T€ Kostenerstattung für den Bereich "Errichtung + Betrieb von Notunterkünften für Flüchtlinge" eingegangen ist. Der Stand der offenen Posten ist aktuell daher wie folgt: Rund 2,3 Mio. € für den Bereich Errichtung + Betrieb von Notunterkünften für Flüchtlinge und rund 2,7 Mio. € für den Bereich Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge macht insgesamt rund 5,0 Mio. €.)* **Das ist schlicht verantwortungslos und liefert „rechten Bauernfängern“ – völlig unnötig – vermeintliche „Argumente“.** Zugleich ist es aber auch unsere Aufgabe als Kommunalpolitiker die Probleme auch in sensiblen Bereichen offen anzusprechen und sie eben nicht aus Angst - in die „rechte Ecke“ geschoben zu werden – zu verschweigen. Zugleich darf die „Herkulesaufgabe“ Flüchtlingsbetreuung eben nicht alleine für die im Haushalt zu findenden Stellenmehrungen herhalten! Hier sind wohl auch Stellen geschaffen worden, bei denen mit einer Erstattung und einer dauerhaften Befristung nicht zu rechnen ist.

- **Bund**

Wir hören seit Jahren etwas von einer „Übergangsmilliarde“, einer „aufgestockten Übergangsmilliarde“. Wie der „heilige Gral“ oder als Sinnbild für die Lösung aller kommunalen Finanzierungssorgen wird die „5-Mrd.-Entlastung“ des Bundes beschworen. Nur kommt sie jetzt ab 2018 wirklich? Für unseren Kreis wären das zusätzliche 6,5 Mio. Euro. Aber bevor jetzt überschwängliche Freude aufkommt – Muss man festhalten, dass sich aus den möglichen höheren Zuweisungen auch höhere Umlagegrundlagen und den angekündigten Hebesätzen für die LVR-Umlage\* für 2018 bereits Mehrbelastungen von 5,1

Mio. € eingeplant sind. Damit bleibt also - von dem noch nicht erhaltenen Geld – nicht viel übrig. Nichtsdestotrotz würde es uns ein wenig helfen die Erhöhung der Kreisumlage für unsere Kommunen etwas „abzufedern“. *\*(Hinweis: Am 21.12.2016 wurde der LVR-Haushalt beschlossen. Leider ist die CDU/SPD-Mehrheit der Forderung von neun rheinischen Kreisen, die in der Vergangenheit gebildete Rückstellung für Integrationshilfen aufzulösen und an die Kommunen in 2016 auszahlen, nicht gefolgt. Hierbei geht es um rd. 275 Mio. €. Bei einem Anteil von rd. 2% an der LVR-Umlage geht es für den Kreis Heinsberg um rd. 5,5 Mio. €.)*

**Wenn dies und weitere Verbesserungen nicht eintreten, dann – liebe Kolleginnen und Kollegen – machen wir uns nichts vor, dann können wir uns die Beratungen in Zukunft auch sparen, denn dann werden unsere Haushaltsdebatten hier im Haus zur Farce.** *(Anmerkung: Im Übrigen hat der Landkreistag festgestellt, dass der Betrag, der ja schon länger im Raum steht, gar nicht mehr auskömmlich ist – gemessen an den heutigen Verhältnissen.)*

Und dann wäre da noch das Risiko mit der Neuregelung der Unterhaltssicherung. Sie würde zu Mehrbelastungen in Millionenhöhe führen. Bekanntlich wurde die Gesetzesänderung erstmal vertagt. Doch wie wir wissen, heißt aufgeschoben nicht aufgehoben. Ganz nebenbei würde dies zu einer Entwertung der angedachten 5-Mrd.-Entlastung führen.

- **Kreis – Wir müssen auch vor der „eigenen Haustür kehren“**

Die Untätigkeit der Landes- und Bundesregierung bei der Behebung der Strukturfehler bei der Kommunalfinanzierung - auch zu Lasten des ländlichen Raums - sprechen uns jedoch nicht von den eigenen Hausaufgaben frei!

- **Personaletat/Stellenplan**

Die Zahl der Stellen im Stellenplan steigt seit 2012 kontinuierlich an, im Durchschnitt um mehr als 25 Stellen (+ 3,14 %). Wir stellen fest, dass zugleich die Diskrepanz zu den tatsächlich besetzten Stellen sich zwischen 2011 und 2016 von 81 auf 121 erhöht hat. **Wir erwarten im nächsten Haushaltsentwurf ein Personalentwicklungskonzept.** Damit verbunden eine Personalkostenkonsolidierung mit einer verstärkten Nutzung von k. w. Vermerken (aktuell keine acht!). Wir haben keinen Zweifel daran, dass dies der Controllerin in Zusammenarbeit mit den Fachämtern gelingen wird.

In diesem Zusammenhang müssen aber auch wir – liebe Kollegen – Vorbild sein. Ein Sockelbetrag bei den Fraktionszuwendungen von 500 Euro pro Jahr und Fraktion hält man gegenüber den Kommunen für nicht vermittelbar. Andererseits ist man sich in der „großen Koalition“ schnell einig, das eigene Personal höher zu gruppieren. Da müssen Sie sich die Frage gefallen lassen: Wie wollen Sie die Mehrkosten für unsere Kommunen in Höhe von circa 20.000 Euro pro Jahr erklären?

- **Controlling**

Neben dem Maßnahmenkatalog, der einen Einspareffekt für 2017 – 2020 in Höhe von ca. 1,1 Mio. € nachweisen soll, sind wir auf die Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2018 gespannt. Wir machen keinen Hehl daraus: **Wir erwarten mehr Tempo in der Umsetzung. Wir rechnen mit entsprechenden Einsparungen.** *(Quartalsberichte, Soll/Ist-Vergleiche)*

- **Freiwillige Leistungen und deren Überprüfung aller überregionalen Projekte und Beteiligungen**

Auch wenn es der Mehrheit hier im Haus nicht gefällt – wir halten daran fest: **Die überregionalen Projekte bzw. Beteiligungen des Kreises Heinsberg gehören auf den Prüfstand!** Sie verweigern sich einer Prüfung, trotz steigender Kosten, z. B. beim Zweckverband Region Aachen, Vogelsang IP, der AGIT um nur einige zu nennen. Bei der Metropolregion Rheinland befürchten wir ähnliches. Wir haben eine gemeinsame Stellungnahme auf dem Weg gebracht und zugleich sage ich Ihnen im Namen der FDP-Fraktion klar, dass wenn so zentrale Forderungen, wie keine Parallelstrukturen aufzubauen, die Arbeit und Kostenentwicklung auch zu beurteilen, wir einem Beitritt nicht zustimmen werden. Wenn wir uns einmal von der Angst befreien, dass wir etwas verpassen könnten, kommen wir doch zu dem Ergebnis, dass wir nicht noch mehr Gremien brauchen, nur weil vielleicht einige Kommunalpolitiker unter Arbeitsmangel leiden oder ein OB sein Geltungsbedürfnis befriedigen muss. *(Verweis auf unseren Antrag mit den Linken zum Sachstandsbericht der kommunalen Koordinierungsplattform.)*

- **Eigene Erfolge, Ideen und Ziele**

Die Haushaltsrede wäre nicht vollständig, wenn ich nicht auch auf eigene Erfolge, Ideen und Ziele einginge: Seit 2009 hat der Haushalt nicht nur im Bereich der Kennzahlenentwicklung

an Transparenz gewonnen. Er wird auch unter Herrn Schmitz fortlaufend weiterentwickelt und nimmt bestimmt gerne unsere Anregungen auf. *(Die Folie zur Stellenentwicklung ist um die IST-Stellen-Linie zu ergänzen und im Vorbericht aufzunehmen. Personalentwicklungskonzept s. o.)* Dies dürfte nicht nur uns aufgefallen sein. Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung. Wir wollen gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung das **Controlling weiter vorantreiben – statt es in Frage zu stellen, wünschen wir uns mehr Tempo.** In Ergänzung bzw. im Zusammenspiel mit dem Controlling kann man auch an ein Benchmarking denken – es gibt genug Referenzkreise. *(Interkommunale Vergleichssysteme kurz IKVS, Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA), Gutachten der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) - der Verband für kommunales Management)*

Wir freuen uns, dass die Idee einer Wirtschafts- und Tourismusförderung aus einer Hand langsam Formen annimmt. Es wird die Kräfte zur Stärkung unseres Wirtschafts- und Tourismusstandortes bündeln. Wenn die letzten juristischen Hürden genommen werden, wächst endlich zusammen, was zusammen gehört. Es geht voran.

Investitionen in die Zukunft - Auf dem ersten Blick nehmen die geplanten Investitionen in Höhe von 21,5 Mio. Euro einen Rekordwert ein. Auf dem 2. Blick, wenn man die Einzelposten sieht, fällt auf: Es ist mit knapp 2 Mio. die „Gute Schule 2020“ (alles auf Pump) enthalten, 3,5 Mio. fallen in den Erwerb von Finanzanlagen, 2,1 Mio. gehen in die Deponie (Abfallnachsorge). Dann wird zu Recht viel im Bildungsbereich und einiges in die Straßen investiert. „Neue“ Werte werden vor allem bei der Kreisleitstelle und den Kitas geschaffen. Ein „Mehr“-Wert durch Neuinvestitionen im Nahverkehr/Infrastruktur gerade auf der Schiene ist noch ausbaufähig, da muss mehr passieren. Der Kreis Heinsberg hat glücklicherweise kein Schulden- oder Liquiditätsproblem. Das spricht für unseren umsichtigen Kämmerer und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür gilt unser Dank!

### **Ausblick für 2017**

Beim Thema Weiterentwicklung unserer Industriegebiete dürfen wir unser Ziel der Erschließung neuer Industrie- und Gewerbeflächen, z. B. in Geilenkirchen-Lindern, nicht aus den Augen verlieren. Dabei sind mögliche Alternativen notfalls auch ohne das Land weiterhin

ernsthaft zu prüfen. Wir sind davon überzeugt, dass die Entwicklung eines interkommunalen Industriegebietes mit Unterstützung des Kreises sowie der WFG eine solche Alternative wäre.

Wir sind zuversichtlich, dass die integrierte Sozialplanung für unsere Bürger einen erheblichen Nutzen bringen kann, wenn wir die Initiative ergreifen, sich daraus ergebende Handlungsaufträge umzusetzen. Dafür müssen wir in den Städten und Gemeinden noch stärker werben, und zwar auch für eine interkommunale Zusammenarbeit. Denn die Herausforderungen machen in der Regel nicht an den Stadtgrenzen halt. Getreu dem Motto „Daten für Taten“.

*Die FDP hält weiterhin an einem schuldenfreien Kreis Heinsberg ab 2020 fest! Auch in 2017 theoretisch keine Neuverschuldung! Investitionen auf Pump nur, wenn das Land die Zins- und Tilgungsleistung auch wirklich übernimmt. **Und weiter: Auch als Signal an unsere Kommunen zur Haushaltskonsolidierung sollten wir die freiwilligen Ausgaben auf 1% des Haushaltsvolumens begrenzen!***

Ich bitte Sie, Herr Landrat, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Namen der FDP-Fraktion für ihren großen Einsatz unseren Dank auszusprechen und auch unserem Kämmerer Michael Schmitz möchte ich für seine unparteiischen und kompetenten Ausführungen herzlich danken. Die FDP-Fraktion stimmt – diesmal mit einigen Bauchschmerzen - dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2017 zu.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.